

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Hildesheim

Herrn  
Landrat Levonen  
o.V.i.A.

Joachim Sturm  
Fraktionsvorsitzender

**Kreistagsfraktionsbüro**  
Bischof-Janssen-Str. 31  
31134 Hildesheim

kreis@linksfraktion-hi.de  
www.kreis.linksfraktion-hi.de

31.07.2019

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Hildesheim:  
Stärkung aller von extremen Rechten bedrohten Personen und Stärkung des Kampfes gegen extreme Rechte und Antrag zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes für die Sitzungen des Kreisausschusses am 23.09.2019 und des Kreistages am 26.09.2019**

Sehr geehrter Landrat Levonen,

die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Hildesheim, beantragt zwecks **Beschlusses über eine Stärkung aller von extremen Rechten bedrohten Personen und die Stärkung des Kampfes gegen extreme Rechte**, die Aufnahme des entsprechenden Tagesordnungspunktes für die o.g. Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages.

#### **Beschlussvorschlag:**

1) Der Kreistag verurteilt aufs schärfste den Mord an Walter Lübcke (CDU).

Der Anschlag richtet sich an alle, die aktiv sind gegen extreme Rechte und sich ihnen widersetzen. Der Mord und zunehmende Drohungen sollen genau diese Personen isolieren und einschüchtern. Es ist ein Angriff auf alle Demokrat\*innen.

2) Der Kreistag fordert die Verwaltung, die Landes- als auch die Bundesregierung dazu auf

- Strukturen zu stärken und ggf. zu schaffen, die politisch bedrohte Menschen beraten und unterstützen. Bedrohten Menschen gilt unsere Solidarität, sie müssen sich auf Unterstützung verlassen können,
- Sich für die unbedingte Freigabe der NSU-Akten durch die Verfassungsschutz Ämter aus Bund und Länder einzusetzen,

- die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich gegen extreme Rechte und Neonazis engagieren, wie etwa das Hildesheimer Bündnis gegen Rechts,
- ein Konzept zu erstellen zur Bekämpfung von extremen Rechten und ihren Netzwerken in der Polizei und im Verfassungsschutz.

#### **Beratungsfolge:**

- 23.09.2019 Sitzung des Kreisausschusses
- 26.09.2019 Sitzung des Kreistages

#### **Begründung:**

Extreme Rechte töten. Seit 1971 gab es durch extreme Rechte 229 Morde, 123 Sprengstoffanschläge, 2.173 Brandanschläge, 12 Entführungen und 174 bewaffnete Überfälle. Die Dunkelziffern sind deutlich höher. Aufgrund des rapiden Anstiegs von politisch motivierter Kriminalität (PMK) auf Amts- und Mandatsträger, führt das Innenministerium seit 2016 eine eigene Rubrik in Ihren PMK-Statistiken: Die politisch rechte motivierte Kriminalität gegen Amts- und Mandatsträger.

Jüngst lud Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, am 10. Juli 2019 Vertreter\*innen der Kommunalpolitik ein, um mit Ihnen über das Thema „Bedrohung von politisch Verantwortlichen“ zu sprechen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund zitierte einen Bürgermeister aus diesem Treffen mit den Worten, dass der hiesige Gemeinderat völlig erschüttert war aufgrund der aktuellen Zahlen des Innenministers, dass es in Deutschland 12.000 gewaltbereite Rechtsextremisten gibt und das gleichzeitig kein Handlungskonzept vorgestellt wird gegen eben diese.

Die jüngsten Aktivitäten auch in Hildesheim sind beunruhigende Fälle, in der Entwicklung der oben Beschriebenen Sachverhalte. Rechte marschierten im Mai an der jüdischen Synagoge in der Hildesheimer Nordstadt und in einer Kundgebung im Juli wurden Menschen die sich gegen die Fremdenfeindlichkeit stellten, massiv von extremen Rechten bedroht.

Schon lange organisiert sich eine wachsende Anzahl von militanten Gruppen bis hin zu AfD-Funktionär\*innen, welche z.B. durch gemeinsames Schießtraining an großkalibrigen Waffen zusammen mit Reichsbürgern in Schwerin aufgefallen sind. Die AfD wagte in Chemnitz nicht nur den öffentlichen Schulterchluss mit gewaltbereiten Neonazis, sie toleriert dieses schon lange in ihren eigenen Reihen und trägt mit ihrem Verbalradikalismus zu einem Klima des Hasses und der Gewalt bei. Beide eint der Hass auf „Fremde“ und für sie unbequeme Menschen. Der Hass und die Hetze gegen alle, die nicht in ihr Weltbild passen, eint die AfD mit extremen und gewaltbereiten Rechten. Dazu gehören Aussagen des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland über die damalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung (Aydan Özoguz), dass diese „...Gott sei Dank, in Anatolien entsorgt werden könne“. Und dazu gehören auch die aktuellen Aktivitäten der völkisch-nationalistischen, innerparteilichen AfD-Gruppe „Der Flügel“, rund um die rechtsaußen Politiker Björn Höcke und Andre Poggenburg.

Diese Beispiele für den Radikalismus in den Reihen der AfD zeigen, wie die geistige Brandstiftung aktuell läuft. Gewalt und Morde sind die Folge einer vorhergehenden Verbalisierung von krassem Hass und Hetze. Die AfD trägt Mitschuld am Mord Lübckes.

Die Polizei und der Verfassungsschutz spielen bei der Bekämpfung von extremen Rechten eine destruktive Rolle. Probleme werden relativiert und Akten geschreddert oder geheim gehalten. Auch wird mehrfach alarmierend geäußert, dass „Mitarbeiter der Bundespolizei mit rechtsnationalen Parteien sympathisieren“ (stellv. Vorsitzender GdP, Jörg Radek). Es braucht Maßnahmen gegen Netzwerke des extremen Rechten in der Polizei und im Verfassungsschutz. Auch um die demokratischen Kräfte in beiden Institutionen zu stärken. Der Umstand das große Teile von Abgeordneten extrem rechter Parteien, Polizist\*innen sind muss einer ausführlichen Analyse unterzogen werden.

Mit dieser Resolution zeigen wir allen von extremen Rechten bedrohten Personen, dass wir die Problematik ernst nehmen und Maßnahmen fordern. Die extremen Rechten wollen mit ihrer Gewalt einschüchtern und isolieren. Es ist Zeit, dass auf allen politischen Ebenen etwas gegen diese alte, aber immer stärker werdende Gefahr unternommen wird.

Mit freundlichem Gruß  
Lars Leopold

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Mit freundlichem Gruß  
Azad Botan Deniz

  
Fraktionsgeschäftsführer